

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 13.03.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:35 Uhr bis 18:19 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Jürgen Busse	CDU	von 16:35 Uhr bis 17:40 Uhr
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Ronald Hildebrandt	CDU	ab 17:15 Uhr anwesend Vertretung für Herrn Müller
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	ab 16:40 Uhr anwesend
Frau Ewert	SPD	Vertretung für Herrn Bonan
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER/NEUES FORUM	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Eric Eigendorf	SKE	
Herr Dr. Sebastian Kranich	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle	
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle	Vertretung durch Frau Vofrei
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	Vertretung i. A. von Herrn Kogge
Herr Dr. Toralf Fischer	Verwaltung	
Herr Thomas Godenrath	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Gröger	Verwaltung	
Frau Konstanze Hermann	Verwaltung	
Frau Kerstin Riethmüller	Verwaltung	
Frau Petra Schneutzer	Verwaltung	
Frau Susanne Wildner	Verwaltung	
Frau Annerose Winter	Verwaltung	

### Entschuldigt fehlen:

Herr Raik Müller	CDU	Vertretung durch Herrn Hildebrandt - anwesend ab 17:15 Uhr Vertretung durch Frau Ewert
Herr Robert Bonan	SPD	
Herr Manfred Schuster	FDP	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Helga Schubert	Liga d. freien Wohlfahrtspflege Halle	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	i. A. von Herrn Kogge Vertretung durch Herrn Baus
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verwaltung	

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte die Mitglieder des SGGA und gab den Hinweis, dass Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, für die Sitzung entschuldigt wurde. Auch Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, als seine Vertretung war terminlich verhindert. Somit übernahm **Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales**, im Auftrag von Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, seine Vertretung.

Aufgrund weiterer verwaltungsinterner Absprachen wird die Informationsvorlage „Indikatorenbericht“ – TOP 6.2 voraussichtlich im SGGA am 10.04.14 behandelt. **Frau Schneutzer, Beauftragte für Integration und Migration**, wird diesbezüglich berichten.

**Herr Schachtschneider, CDU**, gab die Anmerkung, dass doch bitte die Tagesordnungspunkte - wie in der Einladung benannt - auch in der entsprechenden Sitzung behandelt werden.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales**, merkte dazu an, dass im Ausschuss immer die Möglichkeit besteht, einen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu löschen. Die Verwaltung ist stets bemüht, die Vorlagen mit den entsprechenden Geschäftsbereichsbeteiligungen abzuwickeln. Es ergibt sich jedoch in manchen Fällen weiterer Gesprächs- und Handlungsbedarf, so dass mitunter zum Ausschusstermin die Vorlage nicht unterzeichnet vorliegt. Er bat diesbezüglich um Verständnis.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, wird unter Punkt „Mitteilungen“ einen Widerspruch der LAG für Gebärdendolmetscher einreichen. Dazu dann unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt mehr.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat somit um Zustimmung zur geänderten Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle (Saale)

5. Bericht Bildung und Teilhabe
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Förderung im Haushaltsjahr 2014 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen  
Vorlage: V/2013/12371
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter  
Vorlage: V/2013/12098
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1. Themenspeicher
- 9.2. Widerspruch der LAG für Gebärdendolmetscher
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

**Herr Czock, SKE**, möchte festhalten, dass nicht die komplette CDU-Fraktion die Sitzung am 13.02.2014 verließ. Herr Czock war bis Ende des SGGA am 13.02.14 anwesend.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **zu 4 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle (Saale)**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte Frau Grummisch und Frau Vofrei, Bereichsleiterinnen des Jobcenters Halle.

## Monatsstatistik Jobcenter Halle

**Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, stellte die Statistik des Jobcenters für Februar 2014 vor. Im Februar waren mehr Männer als Frauen arbeitslos. Eine günstige Entwicklung ist im Bereich der Arbeitslosen der Altersgruppe 50/50+ zu verzeichnen. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist leicht angestiegen.

Probleme bestehen nach wie vor bei der Bürgerarbeit. Viele Arbeitgeber sind nicht bereit, Langzeitarbeitslose einzustellen.

Weitere Nachfragen zum Bericht gab es nicht.

**Herr Schachtschneider, CDU**, bat noch einmal darum, EQU und EQU plus mit entsprechenden Zahlen zu unterlegen. Hier sind für ihn die letzten 3 Jahre von Interesse.

**Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, nahm diese Anregung auf. Die monatliche Statistik wird um die Zahlen der Einstiegsqualifizierung erweitert.

**Herr Czock, SKE**, fragte zu den Modalitäten für die Kostenübernahme einer Monatskarte der HAVAG nach.

**Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, erläuterte, dass bei Ausübung von Weiterbildungsmaßnahmen ein Rechtsanspruch auf Übernahme der Fahrtkosten besteht.

## Bildung-und-Teilhabe-Statistik (BuT) Jobcenter Halle

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, äußerte sich zu den aktuellen BuT-Zahlen.

Im Jahr 2013 wurden 17.126 Anträge gestellt. Bis dato wurden 3.067 Beantragungen von BuT-Leistungen erfasst. Davon wurden 2.265 Anträge bewilligt, 92 abgelehnt und 50 Anträge wurden versagt.

Im Jahr 2013 wurden 325 Versagungen ausgesprochen, nachträglich jedoch noch 20 % der Anträge bewilligt. 260 Anträge konnten aufgrund fehlender Mitwirkung nicht bewilligt werden, da die geforderten Unterlagen durch die Antragsteller nicht ein- bzw. nachgereicht wurden.

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, fragte nach, was unter fehlender Mitwirkung zu verstehen ist.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, sagte dazu aus, dass Nachreichungen zu den Anträgen erforderlich sind, z. B. muss detailliertes Belegmaterial durch die Antragsteller vorgelegt werden.

Zur Mittagsversorgung bat **Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, um entsprechende Zahlenunterlegung.

## zu 5 Bericht Bildung und Teilhabe

---

**Herr Godenrath, Koordinator Jugendintegration**, stellte den Bericht zu Bildung und Teilhabe vor.

**Herr Godenrath, Koordinator Jugendintegration**, machte deutlich, dass die Stelle zur Führungsunterstützung SGB II weggefallen ist (kw-Vermerk), diese hatte bisher Frau Simon inne. Nunmehr sollen diese Aufgaben mit der Stelle Koordinator Jugendintegration (Stelle von Herrn Godenrath) verschmolzen werden. Somit ist Herr Godenrath u. a. zukünftig für die Statistikerstellung zuständig.

**Herr Godenrath, Koordinator Jugendintegration**, erklärte die Daten anhand einer Powerpoint-Präsentation. Es ist ein Anstieg des Ausgabevolumens im SGB II und bei der Sozialarbeit zu verzeichnen. Weiterhin liegt ein Antragsanstieg für die Jahre 2012/2013 vor. Für SGB XII erfolgte eine Hochrechnung.

**Herr Schachtschneider, CDU**, erfragte, ob der Schulbedarf aus BuT gedeckt wird und welche Altersgruppen Lernförderung in Anspruch nehmen.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, bejahte die Frage, dass der Schulbedarf aus BuT-Leistungen finanziert wird.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, äußerte sich hinsichtlich der Nachfrage zu den Altersgruppen in Bezug auf die Lernförderung, dass eine Filterung hier sehr schwierig vorzunehmen ist. Sie wird prüfen, inwieweit entsprechende Zahlen vorgelegt werden können.

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, machte deutlich, dass ein Anstieg der Lernförderung positiv zu verzeichnen ist. Sie möchte wissen, ob eine Beantragung halb- oder ganzjährig erfolgen kann.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, zeigte auf, dass bei erkennbaren Lernschwächen eine Beantragung zur Lernförderung erfolgen kann. Der Zeitraum wurde entsprechend angepasst.

**Herr Godenrath, Koordinator Jugendintegration**, nimmt Nachfragen zu dem Bericht gern per Mail oder schriftlich entgegen. Er wies noch einmal darauf hin, dass die Förderung durch den Bund von 5,4 auf 2,3 % gesenkt wurde, damit sind deutliche Einschnitte bei den Einnahmen zu verzeichnen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte Herrn Godenrath für seine Ausführungen.

Weitere Nachfragen zum BuT-Bericht erfolgten nicht.

Auch Frau Grummisch und Frau Vofrei dankte **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**.

## zu 6      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 6.1      **Förderung im Haushaltsjahr 2014 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen** **Vorlage: V/2013/12371**

---

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, führte kurz zur Thematik aus. Die Anzahl der Projekte hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Die Förderungssummen wurden im Vorfeld mit den Vereinen besprochen. Bei 3 Projekten wurden die Fördersummen angehoben. Beim Verein „Wildwasser Halle e. V.“ ist jetzt eine stabile personelle Besetzung gewährleistet. Der Verein „Dornrosa e. V.“ organisiert den 6. Frauenlauf. BBZ „lebensart“ e. V. hat ein neues Format für den Christopher Street Day erarbeitet. 62.700 Euro wurden als Fördermittel für 2014 angesetzt. Zurzeit sind 61.300 Euro verplant. Damit besteht die Möglichkeit, evtl. noch weitere interessante Projekte zu fördern.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, thematisierte noch einmal die Frage der Befangenheit. Sie machte deutlich, dass die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner und/oder Stadträtinnen und Stadträte, die sich bei der Diskussion und Abstimmung zu den Projekten befangen fühlen, bitte im Zuschauerbereich Platz nehmen.

Sie äußerte sich weiterhin, dass die einzelnen Projekte im Vorfeld besprochen werden und im Anschluss daran dann eine Einzelabstimmung erfolgt.

## EINRICHTUNGEN

### 1. Wildwasser Halle e. V.

**Herr Schachtschneider, CDU**, bat um Auskunft, warum die Fördermittel bei diesem Verein um 5.000 Euro (von der beantragten Summe) gekürzt wurden. **Herr Schachtschneider, CDU**, fragte nach, ob durch die Kürzung der Fördermittel die Personalstellen gefährdet sind.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, sagte aus, dass beim Verein die Personalbesetzung nicht durchgängig gewährleistet war. Jetzt wurde jedoch angezeigt, dass eine Einschränkung beim Personal nicht mehr gegeben ist. Der von der Stadt geförderte Zuschuss wird für Veranstaltungen und als Co-Finanzierung für Personal- und Betriebskosten genutzt. Es werden weitere Finanzmittel durch andere Träger zur Verfügung gestellt. Der Einschnitt erfolgte hier bei den Sachkosten. Durch die Fördermittelkürzung wird eventuell eine Veranstaltung weniger durchgeführt, beim Personal erfolgen jedoch keine Kürzungen.

## **2. Dornrosa e. V.**

- keine Nachfragen

## **3. BBZ „lebensart“ e. V.**

**Herr Schachtschneider, CDU**, bat um Information zum Ziel des Bildungsprojektes und wie viel Personal eingesetzt wird.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, sagte aus, dass 1 Person mit 30 Wochenstunden beschäftigt wird. Das Projekt ist für Schulen und die Information in Schulen konzipiert.

**Herr Schachtschneider, CDU**, fand den Fördermittelzuschuss nicht ausreichend unterlegt.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, erläuterte, dass es sich um ein Projekt für ältere Schulkinder handelt. Ziel ist hierbei, die Information über die Lebenslage in der Öffentlichkeit herauszustellen. Im Fördermittelbescheid ist der Finanzplan des Vereins detailliert enthalten. Die Mittelverwendung ist vollumfänglich nachvollziehbar.

**Herr Schachtschneider, CDU**, brachte zum Ausdruck, dass es sich bei dem Verein nicht um eine besondere Zielgruppe handelt, sondern um ganz normale Menschen.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, äußerte, dass leider die Öffentlichkeit und die Gesellschaft die Gruppe nicht in der gewünschten Art und Weise als normale Menschen wahrnimmt. Es ist daher weiterhin Zielgruppenförderung erforderlich.

**Herr Hildebrandt, CDU**, nahm ab 17:15 Uhr am SGGA als Vertreter für Herrn Müller teil.

## **4. Humanistischer Regionalverband HAL-SK e. V.**

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, möchte wissen, welche Aufgabe dieser Verein ausführt.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, machte deutlich, dass es sich hier nicht um eine Beratungsstelle, sondern eine Kontaktstelle/einen Treffpunkt für ältere Frauen handelt. Unter anderem ist das Frauenzentrum dort etabliert. Der Verein unterbreitet auch Angebote im Wohngebiet.

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, äußerte Kritik, dass bei diesem Verein die Projekte und Angebote nicht konkret benannt wurden. Eine Pauschalisierung sollte unterbleiben.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, wird dies zukünftig besser berücksichtigen.

**Herr Schachtschneider, CDU**, stellte klar, dass er davon ausgeht, dass Geld für das Haus benötigt wird. Er bat um Unterlegung der benötigten Summe.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, brachte zum Ausdruck, dass die Einrichtungen/Projekte bereits seit langer Zeit bestehen. Die einzelnen Projekte der Vereine sind in den Anträgen explizit untermauert.

**Frau Ewert, SPD**, hinterfragte, warum keine Beantragung von Drittmitteln erfolgte.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, erläuterte, dass für das Frauenprojekt keine Drittmittel eingeworben wurden. Früher wurde dieses Projekt vom Land finanziert. Es nehmen Frauen aus dem Kreis Halle an diesem Projekt teil.

**Frau Ewert, SPD**, möchte wissen, ob eine Liste ausliegt, wer an den Veranstaltungen teilnimmt.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, zitierte aus dem Antrag, dass ca. 5.000 Personen aus Halle und dem engeren Umfeld an den Veranstaltungen des Vereins teilnehmen.

## **5. Deutscher Familienverband Beratungsstelle ProMann**

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, machte deutlich, dass eine personelle Aufstockung nicht möglich war. Dieser Verein führt regelmäßig Beratungen und diverse Fachveranstaltungen durch.

## **PROJEKTE**

### **1. Vätterradio de e. V.**

- keine Nachfragen

- zu 6.1.1 **Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff, Fraktion MitBÜRGER/NEUES FORUM, zur Beschlussvorlage im Haushaltsjahr 2014 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten (Vorlage: V/2013/12371)**  
 - Erhöhung der Fördersumme für das Projekt  
 „Frauenpolitischer Runder Tisch in der Stadt Halle“  
 Vorlage: V/2014/12656
- 

## **2. Frauenpolitischer Runder Tisch in der Stadt Halle**

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, stellte den Antrag,

*die Fördermittel um 100 Euro, somit von 800 auf 900 Euro, zu erhöhen. Der erhöhte Förderbetrag soll aus den noch nicht abgerufenen Fördermitteln ausgezahlt werden.*

**Herr Schachtschneider, CDU**, bat um Auskunft, welche Aufgaben dieses Projekt umfasst.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, sagte aus, dass dieses Projekt viele Veranstaltungen, so u. a. zum Frauentag, enthält. Es werden verschiedene größere Veranstaltungen im Jahr durchgeführt und Lobbyarbeit für DDR-Geschiedene geleistet. Das Projekt nimmt aktuell-politische Situationen und Themen auf.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, brachte zum Ausdruck, dass sie kein Problem mit der Erhöhung der Fördermittel hat, jedoch andere Vereine auch Wahlforen organisieren.

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, äußerte sich, dass die veranschlagten 800 Euro Förderung nicht wirklich für die Arbeit des Projektes ausreichen. Unter anderem erstellt die Gruppe eine ehrenamtliche Radiosendung. Sie wiederholte daher noch einmal den eingangs gestellten Antrag auf Erhöhung der Fördersumme um 100 Euro.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zum von **Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, gestellten Änderungsantrag wurde wie folgt abgestimmt:

<b>VOTUM Sachkundige Einwohner</b>	<b>Abstimmung Stadträte</b>
7 JA	4 JA
0 NEIN	3 NEIN
0 Enthaltungen	3 Enthaltungen
<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>

### 3. Förderkreis der Schriftsteller Sachsen-Anhalt e. V.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, wies darauf hin, dass das Projekt der guten Ordnung halber mit aufgenommen wurde.

**Frau Tomczyk-Radji, SKE**, beehrte Information darüber, ob der Buchtitel „Mütter ohne Wert“ dem Projekt entspricht.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, bejahte dies, der Arbeitstitel war „Die Vergessenen“.

**Herr Dr. Bartsch, DIE LINKE.**, erläuterte, dass der Förderkreis der Schriftsteller e. V. vom Kulturausschuss mit 5.000 Euro gefördert wurde.

**Herr Schachtschneider, CDU**, bat um Auskunft, ob durch den Buchverkauf Gewinne erzielt wurden.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, lagen bis dato noch keine genauen Zahlen und der Verwendungsnachweis vor.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat diesbezüglich nach Eingang um Vorlage des Ergebnisses der Verwendungsnachweisprüfung.

#### Abstimmungsergebnis:

#### **EINRICHTUNGEN - einstimmig zugestimmt**

	<b>VOTUM Einwohner</b>	<b>Sachkundige</b>	<b>Abstimmung Stadträte</b>
Wildwasser Halle e. V.	7 JA 0 NEIN 0 Enthaltungen		9 JA 0 NEIN 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>		<b>einstimmig zugestimmt</b>
Dornrosa e. V.	6 JA 0 NEIN 0 Enthaltungen		8 JA 0 NEIN 1 Enthaltung
	<b>einstimmig zugestimmt</b>		<b>einstimmig zugestimmt</b>
BBZ „lebensart“ e. V.	5 JA 0 NEIN 2 Enthaltungen		6 JA 0 NEIN 3 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>		<b>einstimmig zugestimmt</b>
Humanistischer RV HAL- SK e. V.	7 JA 0 NEIN 0 Enthaltungen		9 JA 0 NEIN 1 Enthaltung
	<b>einstimmig zugestimmt</b>		<b>einstimmig zugestimmt</b>
Deutscher Familienverband Beratungsstelle ProMann	7 JA 0 NEIN 0 Enthaltungen		10 JA 0 NEIN 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>		<b>einstimmig zugestimmt</b>

## PROJEKTE – mit Änderung zugestimmt

	VOTUM Einwohner	Sachkundige	Abstimmung Stadträte
Vätterrado de e. V.	6 JA 0 NEIN 1 Enthaltungen		8 JA 0 NEIN 2 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>		<b>einstimmig zugestimmt</b>
<b>ÄNDERUNGSANTRAG</b>			
Frauenpolitischer Runder Tisch in der Stadt Halle	7 JA 0 NEIN 0 Enthaltungen		4 JA 3 NEIN 3 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>		<b>mehrheitlich zugestimmt</b>
Förderkreis der Schriftsteller Sachsen-Anhalt e. V.	<b>zur Kenntnis genommen</b>		<b>zur Kenntnis genommen</b>

### zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

#### zu 7.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Bekämpfung von Armut im Alter Vorlage: V/2013/12098

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, nahm Bezug auf den von ihrer Fraktion eingebrachten Antrag zur Bekämpfung der Armut im Alter. Es musste eine Änderung des Antrags vorgenommen werden, da der gestellte Ursprungsantrag schwer umzusetzen war. Es erfolgte diesbezüglich eine Verständigung mit der Verwaltung.

**Herr Weiske, Sozialplaner**, empfahl, den Antrag anzunehmen und zuzustimmen. Zur Umsetzung des Antrages werden im Vorfeld Arbeitsgespräche durchgeführt.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bedankte sich für die enge Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

**Herr Schachtschneider, CDU**, kündigte einen eigenen Antrag seiner Fraktion an. Die Konkretisierung wird zu gegebener Zeit erfolgen. Er äußerte sich dahingehend, dass z. B. die Wohnungsgesellschaften mit involviert und deren Aufgaben definiert werden müssen. Armut kann man nicht bekämpfen, wohl aber bezahlbare Mieten schaffen und Wohnungen sichern. Auf der einen Seite wird Wohngeld gezahlt, andererseits erwirtschaften die Wohnungsgenossenschaften Gewinne, die versteuert werden müssen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, machte klar, dass der Bericht die aktuelle Situation darstellen, eine konkrete Analyse vornehmen und Möglichkeiten aufzeigen soll.

**Herr Hildebrandt, CDU**, regte an, den Antrags-Betreff dem Inhalt anzupassen. Analysen und Berichte sind weiter fortzuschreiben, Fortschritte deutlich zu machen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, möchte mit dem Bericht Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut aufzeigen und Lösungsansätze schaffen.

**Frau Ewert, SPD**, stimmte Herrn Hildebrandt zu, dass Betreff und Inhalt nicht kompatibel sind. Eine Bestandsaufnahme zur Erarbeitung des Berichtes sieht sie als zielführend. Es müssen Vorsorgemaßnahmen getroffen werden. In den Planungen der Wohnungsgesellschaften ist bezahlbarer Wohnraum vorzuhalten. Einer Bestandsaufnahme stimmte sie zu.

**Frau Tomczyk-Radji, SKE**, brachte zum Ausdruck, dass die Sicherung der Ernährung im Vordergrund steht. Sie möchte wissen, ob z. B. die Bahnhofsmission, die Tafel und die Stadtmission mit aufgeführt werden. Sie fragte an, ob sich Herr Dorn, Seniorenrat, dazu äußern kann.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, stellte die Frage an den Ausschuss, ob Herrn Dorn, Seniorenrat, zu der Frage von Frau Tomczyk-Radji Rederecht eingeräumt wird. Die Ausschussmitglieder stimmten dem Rederecht zu. Sie gab an, dass Grundlagen und Möglichkeiten zu schaffen sind, die durch die Stadt Halle (Saale) umgesetzt werden können. Die soziale Teilhabe umfasst ein weites Feld.

**Herr Dorn, Seniorenrat**, äußerte sich dahingehend, dass eine Entmischung der Stadtgesellschaft nicht förderlich ist. Wesentliche Gesichtspunkte werden vom Seniorenrat unterstützt. So besteht z. B. eine Arbeitsgruppe für das Wohnen im Alter. Der Seniorenrat steht in engem Kontakt mit den Wohnungsgesellschaften. Er sicherte zur Erstellung des Altersarmutsberichtes seine Unterstützung zu.

**Herr Dr. Kranich, SKE**, erläuterte, dass der Antrag gut und wichtig ist, Entwicklungen und Prognosen müssen aufgezeigt werden.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, meinte, dass der Bericht Probleme und auch Visionen aufzeigen soll. Zielstellung ist der Ausblick auf umsetzbare Möglichkeiten sowie die Fortführung.

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, meinte, dass der Bericht eine gute Analyse darstellen wird. Es können Veränderungen z. B. in den Lebensstandards aufgezeigt werden. Auch können in dem Bericht Statistiken zum Verlauf der Stadtentwicklung wiedergegeben werden. So z. B. für das Stadtgebiet Schülershof. Wie viele ältere Menschen, die bereits dort seit Jahren wohnen, können nach eventuellen Sanierungen weiter ihre Wohnungen halten und in diesem Umfeld leben. Weiterhin können Handlungsempfehlungen gegeben werden, so z. B. die Einführung des Sozialtickets oder für das Wohnen.

**Herr Czock, SKE**, regte an, dass bei städtischen Vergaben darauf geachtet wird, dass der Mindestlohn von 8,50 Euro nicht unterschritten wird.

**Herr Menn, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, äußerte, dass die Vergabestelle der Stadt Halle (Saale) Lohndumping nicht unterstützt. Herr Menn ist Mitglied des Vergabeausschusses.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

<b>VOTUM Sachkundige Einwohner – SKE</b>	<b>Abstimmung Stadträte</b>
7 JA 0 NEIN 0 Enthaltungen	8 JA 0 NEIN 0 Enthaltungen
<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

**zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 9 Mitteilungen**

---

**SGGA am 10.04. – Besuch Dienstleistungszentrum (DLZ)**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** nahm Bezug auf den SGGA am 10.04.2014 und den in diesem Zusammenhang beschlossenen Besuch des DLZ Familie.

Im DLZ Familie sowie im Technischen Rathaus stehen keine Beratungsräume zur Verfügung, so dass nach dem Besuch des DLZ der SGGA wie gewohnt im Wappensaal fortgeführt wird. Treffpunkt am 10.04.2014 ist jedoch das DLZ Familie, Hansering 20.

**zu 9.1 Themenspeicher**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** berichtete von einem Gespräch mit Frau Werneburg von der Björn Schulz Stiftung und nahm Bezug auf ein Schreiben zum Projekt Kinderhospiz. Hintergrund sind die von der Stadt Halle (Saale) ausgereichten Fördermittel, die nicht in der von der Stiftung beantragten Höhe ausbezahlt werden. Frau Werneburg möchte gerne zur Verwendung der Fördermittel vortragen. Dieser Punkt wird in die Juni-Sitzung des SGGA aufgenommen.

Für das 2. Halbjahr werden weitere Ausführungen für den Bericht zur Bekämpfung der Armut im Alter erwartet.

## zu 9.2      **Widerspruch Landesarbeitsgemeinschaft für Gebärdendolmetscher**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, kam auf den anfangs erwähnten Widerspruch der LAG für Gebärdendolmetscher gegen die Entscheidung der Stadt Halle (Saale) zu den ausgereichten Fördermitteln für diesen Verein zurück. Sie stellte diesen Widerspruch zur Diskussion. Sie berichtete, dass sie bereits im Vorfeld mit Herrn Baus in der Sache Rücksprache nahm. Sie bat die Verwaltung um weitergehende Unterstützung.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales**, bemerkte, dass es sich hier nicht um einen Widerspruch nach Verwaltungsrecht handelt. Nach § 17 (2) GO ist eine Änderung des im SGGA am 13.03. gefassten Beschlusses nicht möglich. Herr Baus machte deutlich, dass die Fördermittelbescheide bereits an die Institutionen versandt und damit Rechte begründet wurden. Diese können auch nicht mehr beseitigt werden. Den Vereinen ist es freigestellt, gegen den Bescheid der Verwaltung Klage einzureichen. Auch besteht bei den vom Fachbereich Soziales festgelegten Fördersummen kein Spielraum. Die Auszahlung der vorhandenen finanziellen Mittel wurde gänzlich ausgereizt.

**Herr Schachtschneider, CDU**, appellierte, dass eine Lösung im Sinne aller geförderten Vereine gefunden wird. Er nahm Bezug auf seine Äußerungen und seinen Antrag im SGGA am 13.03. zur Erhöhung der Fördermittel für die LAG um 5.000 Euro.

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, sah keine Möglichkeit, dem Widerspruch abzuweichen. Jeder der Vereine, der Fördermittel von der Stadt bezieht, könnte dann theoretisch Widerspruch gegen die Fördermittel einlegen und die Entscheidung des SGGA anfechten. Die LAG muss die Finanzierung durch Einwerben von Spenden oder durch Unterstützung der Krankenkassen eigenständig aufbringen. Die Verwaltung sollte hier einen Lösungsansatz vorgeben und sich mit der LAG noch einmal beraten.

**Herr Schachtschneider, CDU**, sieht hier die Verwaltung in der Pflicht. Es sollten noch einmal alle Möglichkeiten zur Finanzierung geprüft werden.

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, fragte an, ob eventuell eine Finanzierung vom Land erfolgen kann.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, machte noch einmal darauf aufmerksam, dass die Erreichbarkeit der LAG und die Vorlage/Einreichung von Unterlagen die grundlegenden Probleme darstellten.

**Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, äußerte sich, dass eine Förderung der Beratungsstelle zu 2/3 vom Land übernommen wird. Zurzeit betragen die Gesamtkosten des Projektes 60.000 Euro.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales**, möchte die Vorschläge gerne aufgreifen. Es besteht kein Spielraum, wenn die Fördermittel, so wie sie von den Vereinen beantragt wurden, abgerufen werden. Falls die Fördermittel nicht in voller Höhe durch die Vereine abgerufen werden, besteht evtl. noch die Chance, der LAG Mittel zur Verfügung zu stellen. Dies kann Herr Baus jedoch erst im Oktober/November 2014 entscheiden.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, bat die Verwaltung um Erarbeitung eines Vorschlags.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales**, stellte klar, dass jetzt keine Finanzmittel mehr zur Verfügung stehen. Er nimmt jedoch gern den Hinweis von Herrn Schachtschneider auf. Sollte am Ende des Jahres Geld übrig bleiben, weil nicht alle Fördermittel abgerufen wurden, wird er dem Ausschuss eine Mitteilung geben. Es besteht dann eventuell die Möglichkeit, dass der Verein doch noch eine weitere Förderung erhält. Hierzu kann Herr Baus jedoch erst in der Novembersitzung des SGGA berichten.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, hielt fest, der LAG ein Gespräch anzubieten und ein entsprechendes Antwortschreiben zu verfassen.

Weitere Mitteilungen lagen nicht vor.

## **zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, möchte wissen, ob die Baracke an den Weinbergen noch für die Betreuung von Obdachlosen genutzt wird.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales**, meinte, es muss sich um die Weingärten handeln. Nein, dieses Objekt wird nicht mehr zur Betreuung von Obdachlosen genutzt.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte nach Alternativen, da sich das Bündnis gegen Depression aufgelöst hat.

**Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Fachbereich Gesundheit**, stimmte zu, in dieser Form besteht das Bündnis gegen Depression nicht mehr. Auf der Homepage der AWO sind Ansprechpartner und verschiedene Links hinterlegt. Bedarf kann jedoch auch gerne über Frau Dr. Haring angemeldet werden.

## zu 11      Anregungen

---

**Herr Czock, SKE**, möchte das Thema „Crystal“ (Meth) aufgreifen. Gesundheitsthemen sollten im SGGA mehr Beachtung finden.

**Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin FB Gesundheit**, äußerte sich, dass am 21.05. der 1. Berichtsentwurf zur psychosozialen Planung in Zusammenarbeit mit dem Saalekreis vorgestellt wird.

**Herr Hildebrandt, CDU**, meinte, dass Herr Sebastian Casper in den Ausschuss eingeladen werden kann, um zum Thema „Crystal“ zu berichten. Hierzu wurde u. a. auch in der MZ informiert. Dieser Punkt wird für das 2. Halbjahr in den Themenspeicher aufgenommen.

**Frau Wolff, MitBÜRGER/NEUES FORUM**, erinnerte an den Drogenbericht der Stadt Halle (Saale).

**Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin FB Gesundheit**, gab dazu an, dass der Drogenbericht mit in die Psychosozialplanung einfließt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 28.03.14

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter Bildung und Soziales

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Konstanze Hermann  
Protokollführerin